

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 41

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Kein Friede nach System Hitler-Stalin.

Der Krieg geht weiter, genauer: Er beginnt erst. Die große Rede Hitlers wird zur Zeit, d. h. um den 10. Oktober herum, von der britischen und französischen Regierung noch studiert, und eine Antwort wird vorbereitet, die versuchen soll, die Schuld am Ausbruch des großen Mordens nochmals zu fixieren und dort mit der Rechnung zu beginnen, wo sie begonnen werden muß: Beim Bruch des Münchner Friedens, bei der Vernichtung der Tschechoslowakei. Und weiterhin nochmals zu betonen, daß es Hitler war, der den Verbündeten Englands und Frankreichs, Polen, angriff.

Denn dort, wo der deutsche Diktator die Verantwortlichkeit gerne beginnen möchte, nämlich erst im Oktober 39, nach der Vernichtung Polens, fängt sie nicht an. Die Feststellung, daß es sinnlos sei, zu schießen, stößt auf einige Zweifel, wenn man bedenkt, daß es nach dem bisherigen Verhalten Hitlers durchaus denkbar ist, einen Angriff von seiner Seite gerade deshalb zu erwarten, weil ein Zurückweichen vor ihm die moralischen Grundlagen der Westmächte bis in alle Tiefen erschüttern müßte.

Es klang manches in der Rede Hitlers auf den ersten Blick sehr plausibel. Was hat er denn bis heute getan? Er hat sich den Feind Italien zum Freunde gemacht und endgültig alle Probleme, die zwischen den beiden Reichen standen, aus der Welt geschafft. Er hat mit so und so vielen Nachbarn gute Beziehungen geschaffen. Von Dänemark hat er nie etwas gewollt, trotzdem auch dort Gebietsfragen von Versailles her zurückzuverlangen wären. Mit den baltischen Republiken hat er Nichtangriffspakte abgeschlossen. Ja, er hat mit Rußland einen Vertrag zustande gebracht, der die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Großmächten ausschließt. Und mit diesen Russen zusammen hat er auch die polnische Frage in Ordnung gebracht, und zwar so, daß er gar keinen braucht, um noch irgendwas daran zu verbessern. Einzig Frankreich und England wollen nicht begreifen, daß es keinen Kriegsgrund mehr gibt. Und doch hat das Dritte Reich keine Gebietsansprüche mehr gegenüber den beiden. Auf Elsaß-Lothringen hat ja er selbst, der Führer, total verzichtet. Natürlich muß dem Reiche der ihm gebührende Anteil an den Kolonien der Welt gegeben werden. In erster Linie die ehemaligen deutschen Gebiete. Aber das ist keine ultimative Forderung, und es steht keine Gewalt hinter ihr. So tönt es . . . man könnte meinen, es sei alles friedlich gemeint. Wenn die Westmächte gelegentlich daran denken, dem Reiche die Kolonien zurückzugeben, allenfalls noch etwas dazu, wird man sich in Berlin freuen.

Dazu hat man gute Vorschläge auf die Traktandenliste gesetzt. Es kann ja so nicht weitergehen mit der ewigen europäischen Beunruhigung. Es muß auf der ganzen Linie versucht werden, die Elemente der Wirtschaft wieder in sinnvolle Verbindung zu bringen . . . und die Mächte müssen gemeinsam auf gewisse Waffen, die einen Angriff ermöglichen, verzichten . . . Ist das nicht friedlich? Müßten die Westmächte nicht mit beiden Händen zugreifen?

Daß sie das nicht können, dafür sorgen außer der ganzen Reihe von Ereignissen aus der Vergangenheit auch einige Punkte in der Rede selbst. Das Versprechen, einen polnischen Reststaat entstehen zu lassen, ist an eine unzweideutige Bedingung geknüpft: Dieser Staat soll „so aufgebaut und geführt werden“, daß von ihm aus keinerlei Aktionen gegen das Reich mehr möglich sein werden, und ebensowenig dürfe aus ihm ein Herd von Intrigen gegen das deutsch-russische Verhältnis werden. Das heißt mit andern Worten, daß kein selbständiges Polen, sondern ein entwaffnetes Protektorat in der oder jener Form entstehen wird.

Gegen diese Art von Neuordnung der staatlichen Existenzen in der Umgebung Deutschlands aber haben sich die Westmächte zur Wehr gesetzt. Nach dem tschechischen nun ein polnisches Protektorat oder wenigstens ein Schutzstaat nach dem Muster der Slowakei . . . und wenn dieses neuzeitliche Basallensystem über den ganzen Südosten ausgedehnt werden soll, dann hat Europa ausgepiffen. Dann wird es in weniger als einem Menschenalter nur noch das deutsche . . . neben dem russischen System geben.

Es schwebt aber noch eine besondere Drohung über dem Plane der zu schaffenden Basallensstaaten. Hitler hat sie deutlich ausgesprochen, deutlicher vielleicht, als man beim ersten Lesen seiner Worte verstanden. Im polnischen Raume soll eine Verfassung entstehen, die den dortigen Völkerschaften bessere Berücksichtigung ihrer ethnischen Positionen sichert. Umsiedlungen sind geplant . . . auf diese Weise, sagt Hitler, wären auch die Schwierigkeiten im Donauraum und im Balkan zu regeln. Und ferner auch . . . die Judenfrage.

Als man vor Monaten den ersten neuzeitlichen Umsiedlungsplan vernahm, erschrak die Welt, und unglaublich hörte man, daß Hitler nicht nur Südtirol auf diese Weise zu erlösen plane, daß er derartige Projekte größten Umfanges für den ganzen nahen Osten bege. Nun tauchen also diese Projekte sichtbar auf. Man munkelt von einem Judenstaat . . . in irgendwelcher Ecke des deutschen oder russischen Polengebietes . . . endlich sehen Streicher und Himmler, wohin sie die deutsche Judentum verschicken können. Drei Millionen polnische, drei Viertel Millionen deutsche und österreichische Juden in einen Bezirk gebannt . . . Polen und Ukrainer haben den Boden zu räumen . . . Vielleicht hat man für Juda die Rokitnosümpfe ausersehen . . . ?

Die Pläne gehen aber weiter. Sicher ist, daß Polen, der Korridor und Oberschlesien von allen Polen geräumt werden sollen . . . in absehbarer Frist, und daß dafür „Volksdeutsche“, die man aus weiter östlich liegenden Gebieten heranzieht, den verlassenen Boden einnehmen werden. Den Anfang machen die Deutsch-Balten, die man den Esten und Letten abnimmt. Sie scheinen sich zu Hunderttausenden entschlossen zu haben, Hitlers Angebot zu folgen und damit der Bolschewisierung des Baltikums zu entinnen . . . sie ziehen auf die deutschen Schiffe, obschon sie sich die „Angliederung an den deutschen Volksraum“ vor einem Jahre ganz anders vorgestellt hatten . . .

Derartige Pläne und Drohungen sind es, gegen die der Wille der Westmächte sich erhoben. Es sind Aktionen, die mit allen traditionellen Rechten des Individuums ein Ende machen. Wer wird sicher sein vor einer Vertreibung aus seinem angestammten Lebensraume, wenn irgendeine Diktatur findet, die „ethnischen Belange“ irgendwelcher Herrennation verlangten dringend die Aus- und Umsiedlung? Europa hat andere Hoffnungen: Daß endlich jeder zwischen Weichsel und Lissabon, zwischen Sizilien und dem Nordkap siedeln kann wo er will, in der Ecke, die ihm gefällt und wo er sein Wirken für nötig findet, ob er nun mit Südfrüchten oder deutschen Manufakturwaren handle oder eine neuzeitliche Gärtnerei betreiben will. Solcherlei Rechte gehören zu jenen Gütern, welche die Westmächte vor den despotischen Praktiken des Nazi-Bolschewismus gegenüber dem freien europäischen Menschen retten wollen. Und darum kann nicht Friede sein.

Seitenblick nach China und Amerika.

Mit einer Langsamkeit, die wir Fernstehenden nur schwer begreifen können, ringt sich Amerika zu einer wenigstens moralischen und zu einer halben materiellen Unterstützung der Westmächte durch. Eine „Volksabstimmung“ über die Frage,

ob Hitler nach einem Siege über England und Frankreich auch U.S.A. angreifen könnte, endete mit einem größern Prozentsatz Ja als früher. Derartige private Abstimmungen unter dem Publikum sollen feststellen, welche Parolen populär wären.

Roosevelt sucht nach der einzigen Formel, die zurzeit Aussicht auf öffentliche Anerkennung hat, und innerhalb welcher die Unterstützung der Westmächte Platz haben muß: „Fernhalten des Krieges von den Vereinigten Staaten“. Von seinen Anhängern wird darum heute so argumentiert: Wenn wir den Russen, die nicht im Kriege stehen, Waffen und Munition verkaufen, wandern sie zu den Deutschen. Die Gefahr eines deutschen Sieges und damit eines Krieges für Amerika wird darum größer. Folglich müssen wir die Klausel über die Belieferung der Kriegführenden fallen lassen, damit auch die Weststaaten bei uns kaufen können. Im Senat ist die Aufhebung dieser Klausel denn auch schon durchgedrungen...

Es scheint im übrigen, als ob die Amerikaner sich ernstlicher um Englands Schützling China bekümmern wollten, seit die britischen Sorgen auf Europa konzentriert sind. Die Engländer haben es sich gefallen lassen, daß Japan aus Verärgerung über Hitlers Stalinpakt wieder Bücklinge londonwärts machte, aber sie haben sich gehütet, etwa China preiszugeben. So besteht heute die grotesk anmutende Lage, daß die Chinesen von U.S.A., England und Rußland beliefert werden, U.S.A. weiterhin am japanischen Lieferungsgehalt verdient, Rußland und England freundliche Gesten mit Tokio tauschen, wobei man nicht weiß, wer am ernsthaftesten den Sieg der Chinesen wünscht.

Daß aber die Aussichten der Chinesen neuerdings wachsen, bewies die eben zu Ende gegangene Schlacht vor Tschangtscha.

Sie begann Mitte September und führte die japanischen Kolonnen zwischen Poyangsee und Tungtingsee südwärts, bis auf wenige Kilometer an die Stellungen von Tschangtscha heran; wenn diese Positionen fielen, war der Weg nach dem Süden frei, und es gelang die Herstellung einer Verbindung zwischen Kanton und Hankau; das restliche China wurde in zwei Hälften zerschnitten, der östliche Teil konnte entwaffnet werden; die Bedrohung der Wasserstraße auf dem Yangtse hörte auf, sobald die Partisanen den Boden unter den Füßen verloren, d. h. die Provinzen zwischen dem Meer und der Hankau-Kanton-Bahn räumen mußten.

Dieser Plan scheint mißlungen zu sein. Die Japaner melden den eigenen Rückzug auf die Ausgangsstellungen und motivieren so: Im Oktober wollten die Chinesen mit einer phantastischen Zahl von Divisionen Hankau angreifen. Das sei ihnen nun nicht mehr möglich. Denn natürlicherweise hätten sie ihr Material völlig desorganisiert und dazu mehr als 60,000 Mann verloren. Die Chinesen dagegen sprechen vom ersten großen Sieg dieses Krieges, und britische Meldungen scheinen diesen Sieg zu bestätigen. Vielleicht stimmt, was die Japaner melden: Daß Tschiangkai-schek eine Offensive plante und nun nicht durchführen kann. Aber sehr wahrscheinlich ging der japanische Plan weiter, als nur diese Offensive zu stoppen. Der Blick auf die Karte bezeugt die Wichtigkeit von Tschangtscha und belehrt uns von der Größe einer chinesischen Schlappe für den Fall, daß diese Sperre fielen und der Weg nach dem Süden frei würde.

Im übrigen spricht noch etwas anderes für die Größe der japanischen Ziele, und daß sie vereitelt wurden: Sie haben versucht, die Hankaubahn auch von der Kanton-Seite her anzugreifen und somit die Position von Tschangtscha, wenn auch aus sehr großer Distanz, im Rücken zu fassen. Kämpfe in der Umgegend des portugiesischen Macao fielen zu ungunsten der Chinesen aus.

Für die Entwicklung in Europa scheint China heute nebensächlich zu sein. Irgendwo aber bestehen die Verbindungen doch. Der Westen, der doch mit China sympathisiert, muß heute beinahe den Sieg Tschiangs fürchten: Ein geschlagenes Japan

würde die letzte noch fehlende Entlastung Moskaus bedeuten! Wohin würde Stalin seine asiatischen Armeen dirigieren?

Parlamentswahlen und anderes.

Trotz aller Anstrengungen, Wahlkämpfe zu vermeiden, haben sich die Parteien in einigen Kantonen nicht auf „stille Wahlen“ einigen können. So haben im Kanton Bern die Jungbauern das Abkommen der andern verhindert, und es wird also Propaganda gemacht wie in Friedenszeiten; selbstverständlich wird man die Stimmen dämpfen, sofern man sich nicht vergift.

Es gibt allerlei Gegenstände, an welche man seine propagandistischen Ermahnungen an den Wähler hängen kann. Auch an den Wähler im Wehrleide. Der General hat zwar verfügt, daß spezielles Propagandamaterial, Zeitungen ausgenommen, nicht bei den Truppen verteilt werden dürfe. Auch Plakate haben von Kantonnementen und Soldatenstuben fernzubleiben. Ferner dürfen Soldaten, die im Dienste stehen, in Wahlversammlungen nicht mitdiskutieren. Aber unterrichtet werden sie doch... denn die Zeitungen werden genug sagen. Und wählen werden sie in aller Freiheit, und die amtlichen Wahlzettel der Parteien werden sie bekommen wie die Stimmkarten...

Es gibt „Wahlargumente“, die an sich wirken, und die Parteien werden alles Interesse haben, sie für die eigenen Listen in Dienst zu nehmen, d. h. sie nicht mit ihrem ganzen Gewicht zugunsten der „Opposition“ wirken zu lassen. Es ist billig zu sagen eine Partei profitiere von der oder jener Unzufriedenheit. Man kann ja versuchen, Zufriedenheit zu stiften und von ihr zu profitieren.

Eines der wichtigsten Wahlargumente werden die „Wehrmannsunterstützungen“ sein. Und da man links aus Beruf und Neigung die Erhöhung verlangt, rechts aber leicht übersieht, wie notwendig eine genügende Fürsorge für die Familien der unbemittelten und unfelbstständig erwerbenden Soldaten sei, müßte normalerweise die Wahlzeit eine heftige und gar nicht immer schöne Schlacht um diese Unterstützungen bringen.

Aber es geht auch um anderes: Um die Sicherung der Stellen für den mobilisierten Vaterlandsverteidiger, um die Sicherung der Wohnung für seine Familie, auch wenn er keinen Zins mehr bezahlen kann und alles schuldig bleiben muß, dann um die Hausbesitzer, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, weil die Mieter eben auch nicht berappen. Soll man die Kette weiterführen und all die nennen, die auch weniger verdienen und schuldig bleiben, weil die Wehrmänner nicht mehr zahlungsfähig sind?

Glücklicherweise hat man „oben“ begriffen, daß etwas gehen muß. Man erwartet vom Bundesrat eine Erhöhung der 1931 angesetzten Unterstützungen, und zwar soll der Erlaß schon Mitte Oktober herauskommen. Wenigstens rechnet die Solothurnerregierung damit. Sie hat von sich aus Mietzinszuschüsse verfügt, bis die eidgenössische Regelung kommt. Um die Hypothekarschuldner vor den Folgen stifteter Mietezahlungen zu sichern erwägt man ein Teilmoratorium für alle, die nachweisen können, daß ihre Schuldenlage mit der Mobilisation und ihren Folgen zusammenhänge.

Eines möchte man wünschen: Daß man die Frage der Wehrmannsunterstützung und aller andern Einkommen, die unter der Mobilisation leiden, nicht in erster Linie vom Standpunkt der „Barmherzigkeit“ ansehe und so tue, als ob man besondere Opfer für die Mittellosen spende. Es geht doch auch um all jene, die von den Bazen der Arbeitenden der untersten Kategorie leben. Die Wehrmannsunterstützungen sind eine Frage der Wirtschaftlichkeit... ihre Kürzung wäre unwirtschaftlich... nicht etwa wirtschaftlich! Daß man sie menschlicher Weise nicht kürzen dürfe, sondern, wie geplant, erhöhen muß, versteht sich hoffentlich am Rande. —an—